

# **Mobilfunksender: ungefährlich oder riskant?**

## **Immer mehr bayerische Mediziner erheben warnend ihre Stimme**

Werner Thiede

In einer katholischen Gemeinde bei Bamberg konnte jetzt der Abbau einer Mobilfunk-Sendeanlage vom Kirchturm für nächstes Jahr durchgesetzt werden. Neue Anlagen auf Kirchtürmen sollen im gesamten Bistum nicht mehr errichtet werden. Beruhen solch exemplarische Entscheidungen letztlich auf Hysterie, oder sind sie ein Zeichen von Besonnenheit? Wer das entscheiden will, muss sich über die Fakten informieren. Die aber seien nicht "eindeutig", hört man immer wieder. So hat beispielsweise die Initiative "Mobilfunk in Bayern", die mit Netzbetreibern zusammenarbeitet, im Blick auf das kürzlich in Bayern gescheiterte Volksbegehren zu Mobilfunk-Sendemasten den Vorwurf erhoben, es würden Ängste der Bürger instrumentalisiert. Und die Programmgruppe "Mensch Umwelt Technik" (MUT) des Forschungszentrums Jülich hat vom September 2003 bis zum April 2005 einen wissenschaftlichen Dialog durchgeführt, der in das Resultat mündete: Der Verdacht habe sich nicht erhärtet, dass die elektromagnetischen Felder des Mobilfunks gesundheitsschädliche Wirkungen hätten. Demnach verursachen hochfrequente Felder dieser Art in Tierversuchen weder Krebs noch Krebswachstum. Weiter stellten die Gutachter fest, die experimentell gefundenen Wirkungen des Mobilfunks aufs zentrale Nervensystem seien ohne erkennbare Nachteile für die Gesundheit. Gleiches gelte für die Hinweise auf Erbgut-Schäden. Da keine Schädigung der Zellen entstehe, könne aus den Ergebnissen keine Gefährdung der Gesundheit abgeleitet werden. Im Übrigen ergeben sich für die meisten Befindlichkeitsstörungen, ausgenommen Kopfschmerz, aus Sicht der Gutachter so schwache Befunde, dass eine Bewertung kaum möglich sei. Als Gutachter oder Berater hatte MUT 25 Experten aus der Schweiz und aus Deutschland gewonnen, die sich durch eigene Forschungsarbeiten ausgewiesen hatten. Inhaltlich konnten durch das Dialogverfahren in einigen Bereichen Klärungen erzielt werden. In anderen Bereichen jedoch - so heißt es - blieben "Widersprüche und Unklarheiten bestehen, die Forschungsbedarf anzeigen." Also keine eine Rundum-Entwarnung! MUT räumt unter der Internet-Adresse [www.emf-risiko.de](http://www.emf-risiko.de) ein: "Die Frage einer besonderen Empfindlichkeit (Elektrosensibilität) von Personen gegenüber den elektromagnetischen Feldern des Mobilfunks konnte nicht abschließend geklärt werden. Zwar finden sich in den Untersuchungen keine Befunde, die für eine solche besondere Empfindlichkeit sprechen, sie kann aber auch nicht sicher ausgeschlossen werden. Aus dem gleichen Grund kann auch nicht beurteilt werden, ob sich bei kranken Personen möglicherweise Wirkungen ergeben können." Weiter heißt es: "Die Befunde der epidemiologischen Untersuchungen zu Krebs sind zum Teil widersprüchlich. Deshalb kommen die Gutachter zu unterschiedlichen Bewertungen: Einerseits zu der Einschätzung, dass ein krebsfördernder Effekt eher nicht zu erwarten ist, andererseits zu dem Urteil, dass es einen vagen Anfangsverdacht gibt. Die Wissenschaftler waren sich aber einig, dass nach wenigen Jahren der Handynutzung noch keine erhöhten Tumorrisiken zu erwarten sind." Was gilt nun: "Anfangsverdacht" oder nicht erhärteter Verdacht?

### **300 Ärzte in Franken warnen**

Ärzte und Ärztinnen machen sich indessen zunehmend Sorgen, weil sich seit Jahren

in der Nähe von Mobilfunkanlagen Krankheitsfälle häufen und sich Studien mehren, die auf eine schädigende Wirkung elektromagnetischer Strahlung hindeuten. Gleichwohl schreitet der Ausbau des Mobilfunknetzes weiter voran. Schließlich sollen mit der Einführung der UMTS-Technik flächendeckende Hochfrequenzfelder ein störungsfreies Telefonieren, Internet-Surfen und SMS-Verschicken auch in den hintersten Winkeln und tiefsten Kellern des Landes ermöglichen. Kann aber "ein Staat, der mit der Vergabe von UMTS-Lizenzen 50 Milliarden Euro eingenommen hat, seine Bürger noch verlässlich vor den Risiken dieser Technik schützen?" So fragten die bayerischen Journalisten Thomas Grasberger und Franz Kotteder in ihrem Buch "Mobilfunk. Ein Freilandversuch am Menschen" (2003). In letzter Zeit haben sich immer mehr Ärzte und Ärztinnen in Bayern dem "Bamberger Appell" (2004) angeschlossen, der im Kern auf den "Freiburger Appell" (2002) zurückgeht. Allein in Oberfranken haben über 300 Ärzte unterschrieben - ob aus Hof, Bayreuth, Coburg oder Lichtenfels - und es werden derzeit immer noch mehr! Das sind Zahlen, die ernst genommen werden müssen. All diese Ärzte fordern, dem "Schutz von Leben und Gesundheit von uns allen wieder gebührenden, grundgesetzlich garantierten Wert einzuräumen und sofort zu handeln." Deshalb lautet die erste Forderung im Bamberger Appell: "Kein freiwilliger Ausbau der Mobilfunktechnologie, denn es handelt sich um unfreiwillig eingegangene Risiken mit dauerhaften Belastungen". Zumal Menschen schon bei geringeren Belastungen erkranken können, lautet eine weitere ärztliche Forderung: "Massive Reduzierung der Grenzwerte, Sendeleistungen und Funkbelastungen". Außerdem wird verlangt, dass die Verbraucher mehr über Handys und schnurlose Telefone erfahren sollten - und dass es insbesondere zu "Nutzungseinschränkungen für Kinder und Jugendliche" kommt: In Schulen sollten keine Notebooks mit Mobilfunk-Funktion (WLAN-Karten) angeschafft werden!

### **Vielfältige Patientenschäden**

Einen warnenden Vortrag über Mobilfunk hielt vor einem Vierteljahr im Bayerischen Landtag der Arzt Dr. Horst Eger aus Naila. In den letzten Jahrzehnten, so legte er dar, sei es zu einer sprunghaften Zunahme der Hochfrequenzbelastung des Menschen gekommen. Jegliche Strahlungsart aber führe bei Überdosierung zu gesundheitlichen Schäden. Mobilfunk-Wissenschaft erschöpfe sich bislang oft in der Weigerung, den ursächlichen Zusammenhang der Krankheitsanzeichen Betroffener vor Ort "unter lebensnahen Bedingungen zu untersuchen." Eine einschlägige Studie aus Naila im Blick auf eine dortige Sende-Anlage habe eine deutlich gestiegene Häufigkeit von Krebsneuerkrankungen im näheren Umfeld festgestellt. Eger und die Mitautoren forderten aus ethischen und juristischen Gründen umgehend weitere wissenschaftliche Untersuchungen an anderen Standorten, um das Risiko für die Bevölkerung in Sendernähe sicherer abschätzen zu können. "Betreibern und Behörden sind seit Jahren vielfältige Patientenschäden bekannt. Dass die Ärzteschaft bisher nicht ausreichend informiert wurde, spricht für sich", so der engagierte Mediziner im Landtag.

[Der Artikel im Internet und das Interview mit der Ärztin Dr. med. C. Waldmann-Selsam](#)